



STANDPUNKT

Stadtkultur leben

focus 4/18

Juni



Isabelle Chassot

Direktorin des Bundesamtes
für Kultur

Städte spielen eine wichtige Rolle für die Kultur und Kultur spielt eine wichtige Rolle für die Städte – so kurz und simpel könnte man das Wechselverhältnis zwischen Urbanität und dem Politikbereich Kultur beschreiben.

Die wichtige Rolle der Städte für die Kultur zeigt sich z.B. in der Förderung und Finanzierung von professionellem Kulturschaffen, von Kulturinstitutionen und Infrastrukturen, in der Stärkung der kulturellen Teilhabe und des Zugangs einer breiten Bevölkerung zu einem vielfältigen Kulturangebot. Von den 2,9 Milliarden Franken, welche die öffentlichen Gemeinwesen jährlich für Kultur ausgeben, stammen fast 50 Prozent aus den Budgets der Gemeinden, wobei Städte den Grossteil der kommunalen Kulturausgaben tragen. Die grösseren Schweizer Städte können mit ihren Kulturausgaben pro Kopf locker mit internationalen Kulturmetropolen mithalten. Reges Kulturleben und attraktives Kulturangebot der Schweizer Städte wirken nicht nur lokal, sondern strahlen aus in Agglomerationen, Nachbarkantone sowie national und international.

Städte ziehen immer mehr Menschen an. Heute leben bereits knapp 50 Prozent der Schweizer Bevölkerung in Städten. Die städtische Bevölkerung ist jünger und heterogener

als die Durchschnittsbevölkerung. Die Herausforderungen der Globalisierung, des Bevölkerungswachstums und der heterogenen Gesellschaft stellen sich Städten ganz besonders. Sie sind Brennglas und Motor für gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Entwicklungen. Kultur, Kunst, kulturelle Teilhabe und kreative Prozesse tragen dazu bei, die Stadtgesellschaft zu entwickeln, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, den gemeinsamen Lebensraum zu gestalten – und damit auch die Herausforderungen einer diversen Gesellschaft zu stemmen. Kunst und Kultur schaffen Räume, die Zusammentreffen provozieren und in denen die Komplexität des sozialen Lebens erfahrbar wird. Sie schaffen vielgestaltige Gelegenheiten, einander zu begegnen und in Austausch zu kommen.

Kultur erhöht die Lebensqualität, steigert die wirtschaftliche Prosperität und fördert die touristische Attraktivität von Städten. Denken wir an den Einfluss der Baukultur auf die Qualität unseres Wohnens und Arbeitens. Denken wir an die wachsenden Arbeitsplätze, Betriebe und Umsätze der Kultur- und Kreativwirtschaft. Und der eben publizierte Tourismus Monitor Schweiz zeigt, dass der Besuch historischer und kultureller Sehenswürdigkeiten die beliebteste Aktivität aller Städtetouristen in der Schweiz ist. Kultur gibt also dem Stadtleben wichtige Impulse. Und so schliesst sich der Kreis der fruchtbaren Wechselwirkungen – welche natürlich weiterhin ein bedeutendes kulturelles Engagement der Städte bedingen.

Liebe Leserin, lieber Leser

Was ist Stadtkultur und inwiefern unterscheidet sie sich von anderen «Kulturen»? Gibt es sie überhaupt, die typisch städtische Kultur? Diesen und weiteren Fragen widmet sich nicht nur dieser «focus», sondern auch der diesjährige Städtetag Ende August. Die Vollversammlung des Schweizerischen Städteverbandes ist zu Gast in Solothurn – einer Schweizer Kulturstadt par excellence.

Solothurn ist mit seinem vielfältigen kulturellen Angebot freilich nicht die Ausnahme. Schweizweit entfallen rund die Hälfte aller Kulturausgaben auf die kommunale Ebene. Subventionierte Kultur kostet, aber sie ist auch eine Quelle der Wertschöpfung. Kultur ist beispielsweise ein wichtiger Treiber für den Städtetourismus. Kultur leistet zudem Unverzichtbares zur Integration und Teilhabe der ganzen Bevölkerung. Sie prägt das Gesicht und die Identität einer Stadt.

Viel Spass bei der Lektüre!

I. Chassot

Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session und Vernehmlassungen	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

INTERVIEW

«Die Politik darf die kulturelle Freiheit nicht beschränken»


Kurt Fluri
Stadtpräsident von Solothurn

Kurt Fluri, geboren 1955 in Solothurn, ist verheiratet und Vater von fünf Kindern. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Bern und Basel und dem Abschluss als Rechtsanwalt und Notar führte er neun Jahre lang ein eigenes Anwaltsbüro in Solothurn. Seine politische Laufbahn begann er im Gemeinderat von Solothurn und im Solothurner Kantonsparlament. 1993 wurde er zum Solothurner Stadtpräsidenten gewählt. Zehn Jahre später zog er für die FDP in den Nationalrat ein. Seit 2013 ist Kurt Fluri zudem Präsident des Schweizerischen Städteverbandes.

Solothurn ist mit knapp 17 000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine Kleinstadt. In der Kultur hält Ihre Stadt aber mit den Grossstädten mit. Wie schafft sie das?

Die Stadt Solothurn liegt, gemessen an den Pro-Kopf-Ausgaben für die Kultur, mit den Städten Genf, Basel, Luzern und Biel in einer Spitzengruppe der Schweizer Städte. Zurzeit sind es rund 12 Prozent des jährlichen Gesamtaufwandes. Die hauptsächlichen Aufwandpositionen sind die Stiftung «Theater Orchester Biel Solothurn» – das zwar kleinste, gleichzeitig aber einzige zweisprachige Berufstheater der Schweiz mit drei Sparten –, die städtischen Museen, unsere Beteiligung an der Zentralbibliothek (Kantonsbibliothek), das Begegnungszentrum Altes Spital sowie eine grosse Zahl an finanziellen Engagements für kulturelle Institutionen und Veranstaltungen wie die Solothurner Filmtage und die Solothurner Literaturtage, Konzerte, Ausstellungen etc.

Vielleicht hat diese breite Verankerung der Kultur in unserer Stadt auch einen historischen Hintergrund: Bereits die Jesuiten pflegten kulturelle Aktivitäten in ihrem Gymnasium. Später waren es die französischen Gesandten, welche zwischen 1530 und 1792 in Solothurn residierten («Ambassadorenstadt»), um von hier aus das Söldnergeschäft betreiben zu können, welche viel Kultur in die damalige Kleinstadt an der Aare brachten.

Zusätzlich hat natürlich ein reiches Kulturleben mit nationaler Ausstrahlung auch

volkswirtschaftliche Effekte. Bei allen positiven Auswirkungen auf die Gastronomie und die Hotellerie ist die Kultur aber an sich ein Wert, den es zu pflegen gilt.

Vor diesem Hintergrund sind seit vielen Jahren die hohen Kulturausgaben auch in finanziell schwierigen Zeiten nie grundsätzlich bestritten worden.

Was braucht es von Seiten der Politik, damit sich eine lebendige Stadtkultur entfalten kann?

Die Politik hat die Aufgabe, der Kultur die notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen und den städtischen Kulturinstitutionen zusätzlich die erforderliche räumliche und bauliche Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Inhaltlich hat sich die Politik nicht in die Kultur einzumischen. Wir wollen die Kultur nicht verwalten, weshalb wir kein «Kulturamt» kennen.

Was ist Solothurn in der Kulturförderung besonders wichtig?

Besonders wichtig ist, dass die Kulturschaffenden «Luft» haben, um sich frei entwickeln zu können. Die Politik darf ihre kulturelle Freiheit nicht beschränken. Dieser Grundsatz muss auch dann gelten, wenn sie mit öffentlichen Geldern unterstützt werden. Die künstlerische Freiheit wird sowohl von den städtischen Kulturbetrieben als auch von den freien Kulturschaffenden sehr geschätzt.

Die Solothurner Literaturtage jähren sich 2019 zum 40. Mal, das Filmfestival besteht seit mehr als 50 Jahren – wie wichtig ist Tradition in der Kultur?

Auch Kulturanlässe, welche die traditionelle Volkskultur repräsentieren, verdienen Beachtung und werden entsprechend unterstützt. Vor allem aber haben wir viele traditionelle Kulturinstitutionen, die ein avantgardistisch ausgerichtetes Kulturleben pflegen und die ihnen gewährte künstlerische Freiheit schätzen.

Als Nationalrat sind Sie Co-Präsident der Parlamentarischen Gruppe Kultur, der Städteverband ist Partner des Nationalen Kulturdialogs. Erhält die städtische Kultur auf nationaler Ebene die Unterstützung, die sie braucht?

Mit den beiden Kulturbotschaften sind grosse Schritte vorwärts gemacht worden beim kulturellen Engagement des Bundes. Nach wie vor aber wird die Kultur weit überwiegend von der kommunalen und kantonalen Ebene getragen.

Wie sieht Solothurn in 20 Jahren aus?

Das kulturelle Leben Solothurns wird auch in 20 Jahren von grossen Kulturinstitutionen wie dem Theater und den städtischen Museen geprägt sein, hoffentlich aber auch und nach wie vor von den Filmtagen und den Literaturtagen sowie einer grossen und breit gefächerten freien Kulturszene.

THEMA

Städte für die Kultur – Kultur für die Städte

«Kultur braucht die Unterstützung der öffentlichen Hand.» So beginnt die erste von zwölf Thesen, die die Städtekonferenz Kultur vertritt. Die Städte übernehmen in der Schweiz denn auch eine herausragende Rolle in der Kulturförderung. Das zeigt ein Blick in die Statistik und wird in den Schweizer Städten unmittelbar spür- und erlebbar. Doch an die Kultur werden auch vermehrt Ansprüche gestellt.



Karin Christen

Geschäftsführerin Städtekonferenz Kultur und Leiterin Kultur beim Schweizerischen Städteverband

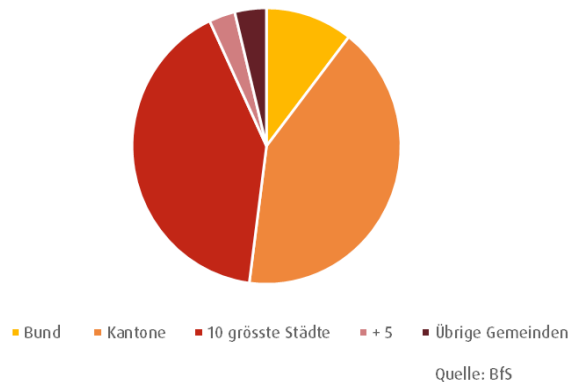
Die Städte – Kernstädte und zunehmend auch kleinere Städte – erachten Kulturförderung als eine zentrale Aufgabe. Die Stadt Bern sieht in ihrer Vierjahresplanung eine Erhöhung des Kulturförderkredits um 2,3 Millionen vor, um damit unter anderem Kultur in den Kellern der Altstadt, neue Arten von Kultur sowie Ateliers für Kunstschaffende zu unterstützen. Auch die städtische Stimmbewölkerung setzte jüngst positive Zeichen zugunsten der Kultur: In Aarau sprachen sich 60 Prozent für einen Kredit in Höhe von 20 Millionen aus, damit die Alte Reithalle in ein multifunktionales Kulturhaus umgebaut werden kann. Und die Genfer Bevölkerung stimmte im März zum wiederholten Mal gegen Kürzungen im Kulturbudget.

Die Bedeutung der städtischen Kulturförderung widerspiegelt sich auch in der Statistik zur öffentlichen Kulturfinanzierung: Rund die Hälfte aller Kulturausgaben entfallen auf die kommunale Ebene. Das Kuchendiagramm, das die Aufteilung der Kulturfinanzierung in der Schweiz aufzeigt, präsentiert sich seit Jahren beinahe unverändert. Tatsächlich schwankte der Anteil von Städten und Gemeinden seit 2008 lediglich zwischen 48 und 51 Prozent. In absoluten Zahlen nahmen die kommunalen Ausgaben allerdings stetig zu. Betragen sie 2008 noch 1,1 Milliarden Franken, beliefen sie sich 2015 bereits auf knapp 1,4 Milliarden Franken, was einer Zunahme um fast 25 Prozent entspricht.

«Betragen die kommunalen Kulturausgaben 2008 noch 1,1 Milliarden Franken, beliefen sie sich 2015 bereits auf knapp 1,4 Milliarden Franken.»

Rund 85 Prozent der kommunalen Kulturausgaben entfallen auf die zehn grössten Städte Zürich, Genf, Basel, Lausanne, Bern, Winterthur, Luzern, St.Gallen, Lugano und Biel. Nimmt man jene 15 Städte, die 2015 die höchsten Kulturausgaben verzeichneten (es sind dies neben den zehn grössten Städten La Chaux-de-Fonds, Solothurn, Neuchâtel, Carouge und Aarau), weitet sich der Anteil gar auf über 90 Prozent aus. Bezogen auf die gesamtschweizerischen Ausgaben tragen diese 15 Städte fast 45 Prozent an die öffentliche Kulturfinanzierung bei.

Öffentliche Kulturfinanzierung 2015



Und wie viel beträgt der Anteil der Kulturausgaben an den Gesamtaufwendungen der Städte? Die zehn grössten Städte gaben 2015 durchschnittlich rund 7 Prozent ihrer Mittel für die Kultur aus, wobei die Stadt Genf mit 28 Prozent weit über dem Durchschnitt lag. Pro Kopf der Bevölkerung schwang Basel mit knapp 2 000 Franken oben aus, gefolgt von Genf mit 1 660 Franken. Bemerkenswert sind mit 1 300 Franken pro Kopf die Ausgaben der Kleinstadt Solothurn, die kulturell untrennbar mit den Film- und Literaturtagen verbunden ist. Zürich kam als grösste Stadt auf 440 Franken pro Kopf, wobei die Zahl aufgrund des raschen Bevölkerungswachstums 2018 etwas tiefer sein dürfte.

Die städtischen Gelder flossen 2015 mit je 30 Prozent zu gleichen Teilen in die allgemeine Kulturförderung (Kulturausgaben, die bereichsübergreifend sind oder keinem Bereich zugeordnet bzw. keiner bestehenden Rubrik zugeteilt werden können) und den Bereich Konzerte und Theater. Die Museen erhielten knapp 20, die Bibliotheken rund 15 Prozent der Finanzmittel. Von den mit städtischen Geldern unterstützten Kulturinstitutionen verfügen viele über eine überregionale Ausstrahlung. Eine Folge davon, wie unlängst eine Studie zeigte: Die Zentrumslasten der grösseren Städte sind in der Kultur tendenziell am höchsten.

«Kultur in all ihren Formen und Facetten prägt das Leben in den Städten, verleiht der Stadt einen eigenen Charakter, dient der Identifikation und der Integration.»

Die Städte und ihre Bevölkerung wenden beträchtliche Mittel für die Kultur auf – und erhalten dafür eine lebendige Kunst- und Kulturszene, ein attraktives kulturelles Angebot, Anregung, Abwechslung, Unterhaltung. Kultur in all ihren Formen und Facetten prägt das Leben in den Städten, verleiht der Stadt einen eigenen Charakter, dient der Identifikation und der Integration. Kultur ist aber längst auch zu einem wichtigen Faktor im immer härteren Standortwettbewerb geworden.

Denn ein breites und vielfältiges Kulturangebot lockt internationale Fachkräfte; kulturelle Leuchttürme, Festivals und Stars fördern den Städtetourismus. Dass Kultur auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor ist, zeigt eine Studie der Stadt Zürich aus dem Jahr 2015: Sie kam zum Schluss, dass mit der Kultur eine Bruttowertschöpfung von 212 Millionen Franken und rund 1 360 Arbeitsplätze verbunden sind. Und natürlich hat auch das Marketing die Kultur für das städtische Image längst entdeckt. So wird eine umsichtige und nachhaltige städtische Kulturpolitik zu einem Balanceakt zwischen den verschiedenen Ansprüchen, die die Kultur erfüllen soll.

POLITIK

Rückblick auf die Sommersession

Mit grossem Interesse hat der Städteverband die Debatte zur Steuervorlage 17 (SV17) im Ständerat verfolgt. Dieser blieb bei den Vorschlägen seiner Wirtschaftskommission.

Ständerat verknüpft SV17 mit der AHV

Der Ständerat will die SV17 mit der AHV-Sanierung verknüpfen. Das Grundkonzept der Steuervorlage liess die kleine Kammer unverändert und stimmte der Vorlage mit 35 zu 5 Stimmen bei 5 Enthaltungen zu. Damit geht das Geschäft nun an den Nationalrat. Sie soll in der Herbstsession bereinigt werden (mehr zur SV17 finden Sie auf Seite 5 in der Rubrik «SSV im Fokus»).

Fernbusse: keine Rosinenpickerei

In der Frühjahrsession kam der Nationalrat bei der Beratung der Vorlage zur Organisation der Bahninfrastruktur zum Schluss, dass Fernbusse keine wesentliche Konkurrenz für die Bahn darstellen und verzichtete deshalb auf eine Ergänzung der Vorlage. Der Ständerat kommt zu einer anderen Einschätzung und verlangt, dass die Vorlage um eine Bestimmung ergänzt wird, die Rosinenpickerei auf Kosten des Regionalverkehrs verhindert. Mit Differenzen geht die Vorlage nun zurück an den Nationalrat. Der Ständerat sprach sich weiter gegen ein nationales Busterminal-Konzept aus. Der Nationalrat hatte in der Frühjahrsession kritisiert, dass private Reisebusunternehmen kaum Haltemöglichkeiten in Städten haben. Die Zulassung nationaler Fernbuslinien verschärfe das

Problem noch, weshalb der Bund die Koordination übernehmen müsse. Der kleinen Kammer zufolge muss das Problem jedoch auf Kantons- und Gemeindeebene gelöst werden. Sie hat die Motion aus dem Nationalrat abgelehnt.

Offenere Lösung beim Elektro-Recycling

Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat beschlossen, dass es ein neues Finanzierungssystem für das Recycling von elektrischen und elektronischen Geräten braucht. Er hat eine entsprechende Motion aus dem Ständerat in abgeänderter Form angenommen. Der Nationalrat möchte den Text der Motion offener formulieren: Der Bund soll verschiedene Lösungen prüfen, nicht nur diejenige einer obligatorischen Entsorgungsgebühr. Die Motion geht zurück an den Ständerat.

Reform der EL kommt nicht voran

Die Räte haben bei der Reform der Ergänzungslösungen (EL) nach wie vor grosse Differenzen. Der Ständerat lenkte bei der Beratung der Vorlage in nur wenigen Punkten ein und weigerte sich aus sozialpolitischen Gründen, viele Entscheide des Nationalrats mitzutragen. So spricht er sich weiterhin für höhere Mietzinsmaxima und gegen eine Senkung der Kinderzuschläge aus. Geklärt ist, dass Personen, die sich selbständig machen wollen, weiterhin ein Kapitalbezug aus der zweiten Säule offensteht. Der SSV begrüsst, dass der Ständerat die Reform milder gestal-

ten will, bedauert es aber sehr, dass keine strengeren Regeln für den Kapitalbezug vorgesehen sind. Die Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat.

Weitere Mittel für externe Betreuung

Entgegen dem Willen von FDP und SVP hat der Nationalrat einer Verlängerung des Impulsprogramms für familienergänzenden Kinderbetreuung zugestimmt. Mit 103 zu 89 Stimmen bei 3 Enthaltungen sprach er sich dafür aus, das 2019 auslaufende Programm um weitere vier Jahre zu verlängern und dafür 125 Millionen Franken Bundesgelder zur Verfügung zu stellen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

BöB: Strengere Vergabekriterien gefordert

Bei der Totalrevision des öffentlichen Beschaffungsgesetzes (BöB) hat der Nationalrat zugunsten der Schweizer Unternehmen beschlossen, dass das Preisniveau im Land eines ausländischen Anbieters berücksichtigt werden muss. Die umstrittene Einschränkung des Zugangs zu Ausschreibungsunterlagen hat er jedoch abgelehnt. Auch sollen öffentliche und im öffentlichen Dienst tätige Unternehmen nicht dem BöB unterstellt werden. Die Revision ist nötig wegen einer Änderung des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA). Gleichzeitig werden die Regelungen von Bund und Kantonen angeglichen. Der Städteverband begrüsst diese Harmonisierungsbestrebungen.

Vernehmlassungen

Bessere elektronische Daten zu Grenzüberritten

Der Bund regelt die Übernahme von EU-Vorschriften zur Nutzung von gemeinsamen Datenbanken im Schengenraum. Dank dem neuen System soll die Nachverfolgung und Kontrolle von Grenzüberritten vereinfacht werden, die neuen elektronischen Prozesse sollen einst auch das Abstempeln von Dokumenten ersetzen. Der Städteverband begrüsst die Modernisierung des Systems, fordert aufgrund der Rückmeldung seiner Mitglieder jedoch, dass allfällige Kosten für den Anschluss

der Systeme der kommunalen Polizeibehörden genau ausgewiesen und allenfalls erstattet werden.

Besserer Schutz vor Schall und Laserstrahlung

Der Städteverband begrüsst die in der Verordnung zum Bundesgesetz über den Schutz vor Gefährdungen durch nichtionisierende Strahlung und Schall (V-NISSG) vorgesehenen Massnahmen. Insbesondere die Regelungen für Veranstaltungen mit Laserstrahlen und Schall sowie das Verbot der Laserpointer ab der Klasse 1M erach-


tet der Städteverband als sinnvoll und zielführend. Dadurch wird der Schutz der Bevölkerung vor gesundheitsgefährdenden Schalleinwirkungen und Laserstrahlen weiter erhöht. Aufgrund der bisherigen Praxiserfahrungen der Städte im Umgang mit Veranstaltungen hat der Städteverband jedoch einige Präzisierungen vorgeschlagen.

Weitere Vernehmlassungen unter:
www.staedteverband.ch

AKTUELL

Städteverband im Fokus

Steuervorlage 17: Ständeratsbeschlüsse führen zu höheren Steuerausfällen


 Der Ständerat hat als Erstrat die Steuervorlage 17 behandelt und ist dabei den Vorschlägen seiner Kommission gefolgt. Mit der Verknüpfung der Vorlage mit der AHV-Sanierung soll der Unternehmenssteuerreform zum Durchbruch verholfen und gleichzeitig die Altersvorsorge entlastet werden. Der Städteverband begrüsst, dass der Ständerat die Vorlage rasch vorangetrieben und einen Ausgleich gesucht hat. Mit dem höheren Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer und der Gemeindeklausel hat der Rat zentralen Anliegen der Städte mindestens teilweise entsprochen. Gegenüber der Vorlage des Bundesrates werden nun aber die Lasten von Kantonen, Städten und Gemeinden durch die tiefere kantonale Dividendenbesteuerung um rund 250 Millionen erhöht. Diese Lasten werden durch Anpassungen beim Kapitaleinzugsprinzip nicht wettgemacht. Auch mit der Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer auf 21,2 Prozent kompensiert der Bund nur einen Teil der erwarteten Steuerausfälle. Zudem muss die Gemeindeklausel nach Meinung des Städteverbandes verbindlicher formuliert sein, um sicherzustellen, dass auch Städte und Gemeinden angemessen entschädigt werden. Weiterhin gilt aber: Die generelle Stossrichtung der SV17 ist richtig.

www.staedteverband.ch

Aus der OKI wird der Schweizerische Verband Kommunale Infrastruktur (SVKI)

 Die Statuten-Revision des Städteverbandes hat auch für die Fachorganisation Kommunale Infrastruktur (OKI) Veränderungen zur Folge: Neu ist sie eine Sektion des Städteverbandes in Form eines rechtlich selbstständigen Vereins. Die OKI-Mitgliederversammlung überführte die Fachorganisation deshalb am 15. Juni per Ende Jahr in den Schweizerischen Verband Kommunale Infrastruktur (SVKI). Der SVKI erbringt wie bisher Leistungen für die Mitglieder des Städteverbandes und des Gemeindeverbandes. Beide Kommunalverbände nehmen wie bisher je einen Sitz im SVKI-Vorstand ein. Das Team der Geschäftsstelle und die Mitgliederbeiträge bleiben unverändert.

Fünf Jahre Raumkonzept Schweiz: Bezugspunkt für die Raumentwicklung

 Wie können leistungsfähige Infrastrukturen bereitgestellt, Quartiere qualitativ verdichtet und Kulturlandschaften erhalten werden? Seit fünf Jahren orientieren sich Bund, Kantone, Städte und Gemeinden bei ihren Planungen am Raumkonzept Schweiz. Wie der Fünfjahresbericht über den Stand der Anwendung des tripartit erarbeiteten Konzepts zeigt, hat sich dieses als Bezugspunkt in der Raumentwicklung fest etabliert. Seine Ziele und Strategien bewirkten einen intensiven Austausch zwischen den Staatsebenen und bieten auch heute noch Orientierung für eine nachhaltige räumliche Entwicklung. Zu diesen Befunden kommen die Trägerorganisationen des Raumkonzepts, zu denen auch der Städteverband gehört. An einer Jubiläumsveranstaltung in Bern blickten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Praxis auf das Erreichte zurück und öffneten den Blick in die Zukunft.

www.staedteverband.ch

Städtische Sozialdirektoren diskutieren Wirkung der Sozialhilfe

 Die Sozialhilfe hat die Herausforderungen der letzten Jahre relativ gut gemeistert. Dies ist eines der Ergebnisse der Frühjahrsagung der Städteinitiative Sozialpolitik. So ist schweizweit die Sozialhilfequote trotz der ökonomischen Baissen im Nachgang zur Finanzkrise und trotz verstärkter Zuwanderung im Asylbereich über längere Zeit stabil geblieben. Für die städtischen Sozialhilfedirektoren ist dies ein Hinweis, dass die Anstrengungen im Sozialbereich insgesamt fruchten. An der Tagung wurde die Wirkung der Sozialhilfe auch mit den übrigen Sozialwerken, etwa der ALV, verglichen. Hierzu dienten Erhebungen des Bundesamtes für Statistik.

Intensiv diskutiert wurde an der Konferenz die Zukunft des Sozialhilfe-Grundbedarfes, der in einigen Kantonen zur Debatte steht. Aus Sicht der Städteinitiative besteht kein Handlungsspielraum, weil Kürzungen schwerwiegende Folgen für die Betroffenen hätten. Der Grundbedarf reiche dann nicht mehr für notwendige Ausgaben wie Nahrungsmittel oder Tickets für den öffentlichen Verkehr.

www.staedteinitiative.ch

Kurzmeldungen

Thun gewinnt OKI-Innovationspreis

Die Stadt Thun ist die erste Gewinnerin des Innovationspreises der Organisation Kommunale Infrastruktur. Sie erhält die Auszeichnung für das Elektro-Abfallsammel Fahrzeug «Futuricum». Das Projekt überzeugte durch die Kombination aus technischer Innovation, dem Beitrag zum Klimaschutz und der übernommenen Vorreiterrolle. Ebenfalls nominiert waren Pully und Morges mit ihrer digitalen Plattform zur Behandlung von Aufgrabungsgesuchen sowie die KVA Thurgau mit ihrem interaktiven Besucherrundgang. Der Städteverband gratuliert!

www.kommunale-infrastruktur.ch

Impulsprogramm für NAP-Projekte

Die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus hat begonnen. Zuständig für die Umsetzung sind vor allem Behörden in den Kantonen, Städten und Gemeinden. Der Bund unterstützt Projekte mit einem Impulsprogramm von fünf Millionen Franken in den nächsten fünf Jahren. Die Verordnung tritt per 1. Juli 2018 in Kraft.

www.fedpol.admin.ch

Public Viewing: einfache Handhabung

Public Viewing, z.B. für die Fussball-WM, ist in der Schweiz aus urheberrechtlicher Sicht relativ einfach machbar. Die Rechte für das zeitgleiche Übertragen von Fernsehsendungen auf Grossbildschirmen sind ausschliesslich bei der Verwertungsgesellschaft SUISA einzuholen. Der geltende Tarif (GT 3c) läuft Ende Jahr aus. Er soll aber unverändert für weitere fünf Jahre verlängert werden, wie der Dachverband der Urheber- und Nachbarrechtlicher DUN mitteilt.

5 000 Vorleserinnen und Vorleser

Die Organisatoren des ersten Schweizer Vorlesetags ziehen eine positive Bilanz: Schweizweit haben rund 5 000 kleine und grosse Vorleserinnen und Vorleser teilgenommen. Zugehört haben ihnen schätzungsweise 45 000 Kinder und Jugendliche. Den Tag soll es künftig jedes Jahr geben.

www.schweizervorlesetag.ch

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

- 30./31. August 2018** **Städtetag 2018** in Solothurn
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch
- 30. Oktober 2018** **Herbstseminar Netzwerk Lebendige Quartiere** in Bern
Information: Julia Imfeld, Telefon 031 35 632 32, netzwerk@lebendige-quartiere.ch

Organisation Kommunale Infrastruktur

- 5. Juli 2018 (Nachmittag)** **Seminar: Die Beschaffung von Planer-, Werk- und Serviceleistungen mit Rahmenverträgen** in Olten
Information: www.kommunale-infrastruktur.ch
- 5. September 2018** **Praxisseminar: Führung im Werkhof – Eine verantwortungsvolle Aufgabe aktiv gestalten** in Aarau
Information: www.kommunale-infrastruktur.ch
- 5. November 2018** **Wildtiere im Siedlungsraum - Konflikte vorbeugen und Gefahrenquellen beheben** in Sempach
Information: www.kommunale-infrastruktur.ch

Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

- 7. September 2018** **Fachveranstaltung der Konferenz der Städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren «Wachstum als Herausforderung für die kommunalen Finanzen»** in Bern
Information: www.ksfd.ch
- 10. September 2018** **SKOS-Forum/Städteinitiative-Tagung der Leitenden Angestellten** in Olten
Information: www.skos.ch
- 16. November 2018** **Herbstkonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik** in Sion
Information: Katharina Rüegg, Telefon 052 267 59 57, info@staedteinitiative .ch

Weitere Organisationen

- 22. Juni 2018** **3. Nationale Tagung Gesundheit & Armut** in Bern (Patronat: SSV)
Information: www.bfh.ch
- 20. September 2018** **Mehr Biodiversität in der Gemeinde dank freiwilligem Engagement** in Bern (Patronat: SSV)
Information: www.pusch.ch
- 21. September 2018** **Forum des gemeinnützigen Wohnungsbaus** in Basel
Information: www.forum-wohnen.ch
- 21. September 2018** **SES-Fachtagung 2018 - Mobilität der Zukunft** in Zürich (Patronat: SSV)
Information: www.energiestiftung.ch
- 3. Oktober 2018** **Save-the-date - Gurtensymposium - Schweizer Geologenverband** in Bern (Patronat: SSV)
Information: www.chgeol.org
- 22. November 2018** **5. Luzerner Management Forum** in Luzern (Patronat: SSV)
Information: www.hslu.ch
- 17. Januar 2019** **Save-the-date - Gesundheitsförderung Schweiz: 20. Nationale Gesundheitsförderungs-Konferenz «Städte und Gemeinden am Puls der Gesundheit»** (Patronat: SSV)

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Redaktion: Renate Amstutz, Marius Beerli, Barbara Brechbühl, Karin Christen, Nadja Huonder, Julia Imfeld, Carol Mauerhofer, Maja Münstermann, Martin Tschirren, Roman Widmer; Übersetzungen: proverb; Bildnachweise: Rolf Siegenthaler; Porträt Seite 1: B. Devènes; Foto Seite 2: zvg; Foto Seite 3: zvg.
Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch